

Aus Angst vor radikalen Veränderungen

Zum Ausgang der Bundestagswahl: „Merks Erbe“ und „Scholz überrascht alle“, FR-Titel und -Tagesthema vom 27.9.

Wahlervotum für Wandel und Aufbruch

Der Schwanz wedelt mit dem Hund - die FDP als Zünglein an der Waage für eine Dreierkoalition. Aber bitte nicht mit der CDU, die als einzige Partei (neben der AfD) verloren hat. Drei Siegerparteien können doch nicht das Wahlervotum nach Wandel und Aufbruch negieren! Es sei denn, die FDP ist eben nicht liberal, sondern illoyal, opportunistisch und sehr egoistisch. Ulrich Voepel, Frankfurt

Herr Laschet, treten Sie zurück!

Herr Laschet, sind Sie ein Demokrat? Dann treten Sie zurück! Mit nur „Platz 2“ - ja, da darf und kann man Mehrheiten im Bundestag suchen. Wäre ja nicht das erste Mal. Nur - da war es jeweils ganz anders: Da war mit einer einzigen anderen Partei eine Mehrheit zu finden. Das ist bei Ihnen nicht der Fall.

Aber nicht nur das. Sie haben Ihrer eigenen Partei ein historisches Tief beschert. Diese Zumutung wird von Spitzenvertretern Ihrer Partei mit Rücktritt quittiert. Andere in Ihrer Partei, auch nicht gerade Unwesentliche, fordern Ihren Rücktritt. Zu Recht: Die Mehrheit der Wählerschaft will Sie nicht als Bundeskanzler. Die Mehrheit der Wählerschaft will Olaf Scholz als Bundeskanzler - darunter viele CDU-Wähler. Das heißt: Hier besteht ein klarer Wählerauftrag, dass Sie zurücktreten. Beenden Sie die Peinlichkeit. Verhalten Sie sich wie ein Demokrat und wie ein verantwortungsvoller Politiker, der den Willen der Wählerschaft akzeptiert: Treten Sie zurück. Petra Reitzel, Heidelberg

Mit der Natur können wir nicht verhandeln

Wer mit wem koalitiert, verhandelt? Eines kann nicht verhandelt werden - das „Klimaproblem“, denn mit Naturgesetzlichkeiten können keine Kompromisse ausgehandelt werden, mit der Natur können wir nicht

verhandeln. Es kann nur darüber Verhandlungen geben, wer was bereit ist auszuhalten, beizutragen, um die Begrenzung der anstehenden Folgen des Klimawandels zu erreichen. Wenn das, was für diese Begrenzung nicht ausreicht - es ist jetzt hinlänglich allgemein wissenschaftlich bestätigt, berechnet - haben wir alle - aber vor allem die „Schwachen“, die Jugend und die kommende Generation - die Folgen in all ihren Facetten des Hungers, Mangels, der gesellschaftlichen Konflikte - lokal und global - zu „ertragen“ - ein Horrorszenario steht dann bevor. Gerhard Rüh, Herold

Die Rechnung werden wir alle bekommen

Jetzt haben wir den Salat. Egal ob Jamaika oder die Ampel kommt, beides ist kein „Weiter so“, aber irgendwie doch. Das Klima lässt nicht mit sich verhandeln, und selbst die unzureichenden Absichten der Grünen werden - egal in welcher Koalition - nochmals verwässert werden. Schon jetzt ist eine Beschränkung auf 1,5 Grad Erwärmung eine Illusion. Es läuft nach derzeitigen Schätzungen auf 2,7 Grad hinaus. Scholz will „moderate Maßnahmen“, um niemanden zu verschrecken, die FDP setzt auf „deutsche Ingenieurskunst“. Immerhin verdanken wir dieser „Kunst“ den Verbrennungsmotor, Atomkraftwerke, eine ansehnliche Zahl von Umweltgiften in der Landwirtschaft und anderswo und noch viel mehr. Das alles sollte uns skeptisch machen.

Der Bundestag hat 30 Milliarden Soforthilfe wegen der Flutkatastrophe beschlossen, aber wie oft ist das wiederholbar? Dass sich derartige, dem Klimawandel geschuldete Ereignisse wiederholen, prognostizieren alle, die sich damit beschäftigen. Was wird auf der Strecke bleiben? Zuallererst wohl die von SPD und Grünen beschworene soziale Gerechtigkeit, die eh sozial Schwachen werden am härtesten betroffen werden. Das wissen garantiert auch alle Par-

teispitzen, sagen es nur nicht, um niemanden zu verschrecken.

Ja, Nichtstun wird allemal teurer, als jetzt etwas zu tun, wie die Grünen richtig sagen, aber ich sehe schon die faulen Kompromisse. Und (wir) Wähler lassen uns wieder mal einwickeln, haben Angst vor (notwendigen) radikalen Änderungen, die sowohl Ökonomie als auch Ökologie betreffen. Die Linke hatte in dieser Beziehung das weitreichendste Programm, hat leider kaum jemand wahrgenommen. Da verfangen leider eher altbekannte Weisen à la „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“. Die Rechnung werden wir alle bekommen, leider wieder ungleich verteilt, von sozialer Gerechtigkeit kann nur geträumt werden. Jochim Maack, Hamburg

Die Union sollte etwas mehr Demut zeigen

Mit zwei kleinen Kreuzen sind rund drei Viertel der Wahlberechtigten ihrer „Bürgerpflicht“ nachgekommen. Vielleicht ist es noch die Schockstarre der Wahlniederlage mit krachenden Verlusten, dass nach wie vor von führenden Unionspolitikern eine Kanzlerschaft von Armin Laschet ins Auge gefasst wird. Etwas mehr Demut wäre hier schon angebracht, haben doch die Umfragen am Wahltag, die für Prognosen durchgeführt werden, auch zutage gebracht, dass unabhängig vom Wahlverhalten die Frage, welcher Person man die Kanzlerschaft eher zutraue, für Eindeutigkeit gesorgt. Es scheint aber für die politische Umsetzung des Wählerwillens nicht relevant zu sein. Horst Weitzel, Frankfurt

Friedenspolitische Grundsätze verraten

Wer aus lauter Regierungsgeilheit die friedenspolitischen Grundsätze seiner Partei „Die Linke“ verrät, darf sich nicht wundern, wenn er Stammwähler verliert. Deutschland braucht keine zwei sozialdemokratischen Parteien! Peter Eickmann, Florstadt

Diskussion: frblog.de/wahl-21



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210927

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Nach der Bundestagswahl - Weiter so oder Neustart?“ der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen mit dem Grünen-Landesvorsitzenden Philip Krämer und der Soziologin Sigrid Roßteutscher. **Mittwoch, 29. September, 19 Uhr Youtube-Kanal der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen**

Georg Leppert moderiert das Liebfrauenforum über Obdachlosigkeit in Frankfurt. Auf dem Podium sitzen Kapuzinermönch Bruder Paulus, die Frankfurter Sicherheitsdezernentin Annette Rinn (FDP) und Bernd Reisig, Gründer der Stiftung „Helfen helfen“. Anmeldung unter keb.frankfurt@bistum-limburg.de. Es gelten die 3G-Regeln. Auf dem Youtube-Kanal des Bistums Limburg gibt es einen Livestream. **Donnerstag, 7. Oktober, 19.30 Uhr Liebfrauenkirche, Frankfurt**

Was ist uns wichtig?

Zu: „Viel Saft für E-Autos“, FR-Wirtschaft vom 16. September

Mit Leitplanken zu niedrigerem Verbrauch: Der Artikel leitet anschaulich den künftigen zusätzlichen Strombedarf für E-Autos her. Ergänzend muss man sich aber auch mit dem Aspekt beschäftigen, dass sich der Trend zu immer größeren und schwereren Autos leider ungebrochen fortsetzt, auch bei den E-Autos.

Hier muss die Regierung lenkend eingreifen. Die Förderung für die oft besonders großen und schweren Hybrids muss beendet werden. Zum Beispiel indem man die Förderung dieser Antriebsform linear in den nächsten vier bis fünf Jahren auf Null zurückfährt und dafür die Förderung für verbrauchsärmere E-Autos anhebt. Der Umstieg auf E-Autos darf keine Frage des Einkommens sein. Gerade Menschen, die auf dem Land leben, pendeln müssen und ein schlechtes ÖPNV Angebot haben, müssen umsteigen können.

Die Industrie muss mit entsprechenden „Leitplanken“ von der Politik dahin bewegt werden, mehr kleinere, sparsame aber trotzdem alltagstaugliche E-Autos anzubieten. Der VW e-Up ist aus dem Angebot verschwunden - obwohl er ein sehr beliebtes, kleines, fünfjähriges praktisches E-Auto ist. Die Zeiten des „Immer größer und schwerer“ sind vorbei - müssen vorbei sein. Wir müssen uns endlich häufiger fragen, was uns wirklich wichtig ist.

Gerhard Schuster, Krieffel

Da hilft nur Respekt

Indopazifik: „Bidens Schwenk nach Asien“, FR-Thema vom 17. September

Ich wehre mich gegen das beständige „China-Bashing“. China ist kein „Feind“, sondern eine Großmacht mit beeindruckender Industrie und einer Weltraumtechnologie, die zu bewundern ist. Das mag vielen nicht passen, aber hier hat sich eine alte Kulturnation in kurzer Zeit aus Armut und Knechtschaft über seine westlichen und östlichen Kolonisatoren erhoben und - für diese um so schlimmer - deren Marktmechanismen beherrschen gelernt.

Da man „westliche Werte“ über lange Jahre nur als Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung der chinesischen Bevölkerung erleben durfte, verwundert es nicht, dass man sich in China von vormaligen Kolonisatoren nichts sagen lässt. Da hilft nur Diplomatie mit Respekt und auf Augenhöhe, wenn man dort vorankommen will. Vorschriften und Belehrungen helfen dort nicht, wo es auch in der chinesischen Gesellschaft erhebliche Konflikte und Probleme gibt, die in Europa nicht akzeptabel sind.

Michael Hafkemeyer, Hamburg

Deutschland agiert immer noch kolonial

Covid-Schutzimpfung: „Globale Ungerechtigkeit“, FR-Politik vom 21. September

80 Prozent der in den vergangenen zehn Monaten verabreichten sechs Milliarden Impfdosen kamen der Bevölkerung von Staaten mit hohem und gehobenen mittleren Einkommen zugute, während sich der Anteil in ärmeren Ländern Afrikas auf 0,4 Prozent beschränkt. Die Menschen in Afrika warten verzweifelt auf eben die Impfdosen. Ein großer Teil des hier verschmähten Impfstoffs wird nicht etwa auf dem schnellsten Weg nach Afrika geschafft, sondern hier vernichtet. Die Bearbeitungszeit dauere so lange, dass der Impfstoff dann leider verfallen sei. Ein Schelm, wer Böses denkt!

Es gäbe Möglichkeiten die auch von Südafrika und Indien

vorgeschlagen wurden, nämlich eine in der Welthandelsorganisation verankerte Verzichtserklärung von geistigen Eigentumsrechten auf Covid-19-Medizinprodukte für die Zeit der Pandemie. Diese Patentaussetzung könnte einen wichtigen Beitrag für eine beschleunigte, solidarische Pandemieeindämmung leisten. Doch die EU und vor allem Deutschland lehnen die Freigabe kategorisch ab und erzeugen damit eine politisch gewollte Verknappung von Impfstoffen. Die Profiteure der Industrie sind der gegenwärtigen Bundesregierung wichtiger als Menschenleben. Deutschland agiert immer noch wie eine Kolonialmacht.

Da hilft es nicht, dass wir mit generöser Geste einige Kunstgegenstände an afrikanische Länder zurückgeben, die während der Kolonialzeit zu - sagen wir mal - sehr günstigen Konditionen erworben wurden. Ein paar Kisten mit Kunstgegenständen werden auf den Flughäfen Afrikas ankommen, aber die Kisten mit dem dringend benötigten Impfstoff werden nicht kommen. Wenn schon der Tod einer großen Zahl von Menschen mit Schulterzucken in Kauf genommen wird, sollte doch zumindest klar sein, dass Covid nur überwunden werden kann, wenn so viele Menschen wie möglich auf der ganzen Welt geimpft sind.

Eva Beyer, Friedrichsdorf